

**Die PDS braucht
Dich!
Gerade jetzt!**

So hat Lichtenberg gewählt! Den Wahlkreis gewann Dr. Gesine Löttsch (PDS)

Wahlkreis 87 Berlin-Lichtenberg	Erststimmen		Zweitstimmen	
	absolut	%	absolut	%
Wahlberechtigte	199 297	-	199 297	-
Wähler	145 884	73,2	145 884	73,2
gültige Stimmen	143 803	98,6	144 227	98,9
ungültige	2 081	1,4	1 657	1,1
davon für				
SPD	46 784	32,5	55 848	38,7
CDU	24 327	16,9	23 291	16,1
PDS	56 978	39,6	42 277	29,3
Grüne	5 853	4,1	7 708	5,3
FDP	5 389	3,7	6 068	4,2
Schill	-	-	3 200	2,2
NPD	3 785	2,6	2 160	10,5
REP	-	-	962	0,7
GRAUE	-	-	931	0,6
DIE FRAUEN	-	-	862	0,6
KPD	687	0,5	355	0,2
Weitere (zus.)	-	-	565	0,4

Danke für das Vertrauen!

Die Wählerinnen und Wähler haben Petra Pau und mich per Direktmandat in den Bundestag geschickt. Das Ergebnis im Wahlkreis 87 ist eindeutig: mehr als 10 000 Stimmen vor dem Zweitplatzierten, mehr als 33 000 vor dem Drittplatzierten, mehr Erststimmen als die SPD Zweitstimmen erreichen konnte. Dafür möchte ich mich herzlich bei allen Wählerinnen und Wählern bedanken. Natürlich wäre ich lieber mit einer Fraktion in den Bundestag eingezogen. Dass es jetzt anders gekommen ist, darf und wird mich nicht daran hindern, meine Ziele, für die ich im Wahlkampf angetreten bin, im Bundestag zu verfolgen: Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit, Stärkung des Ostens. Ich werde mich nicht mit allen Fragen detailliert befassen können. Aber die Menschen im Bezirk Lichtenberg sollen merken, dass sie eine direkt gewählte Ab-

geordnete im Parlament haben. Hier kann ich auf die Arbeit von Christa Luft zurückgreifen, die während ihrer Mitgliedschaft im Bundestag intensive Kontakte zu vielen Institutionen geknüpft hat und so „hinter den Kulissen“ zur Lösung etlicher konkreter Probleme im Wahlkreis beigetragen hat. Ich will keine unrealistischen Erwartungen wecken, aber ich glaube, dass sich mit Hartnäckigkeit und Geschick – auch in Zusammenarbeit mit Abgeordneten anderer Fraktionen – konkrete Fragen für unseren Bezirk klären lassen.

Machen wir aus der Situation das Beste. Dadurch, dass nur in Marzahn-Hellersdorf und in Lichtenberg Mandate für die PDS gewonnen wurden, sind diese beiden Berliner Bezirke bekannter als vorher. Eine Chance, die ich nutzen will.

Dr. Gesine Löttsch

An die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei

Brief von Gabi Zimmer,
30. September 2002

Liebe Genossinnen und Genossen, die Enttäuschung über unsere Niederlage vom Wahlsonntag steht vielen noch immer im Gesicht geschrieben und wird uns noch lange bewegen.

Dennoch ist der Wahlkampf nicht umsonst gewesen: 1,9 Millionen Menschen haben uns gewählt und Vertrauen in uns gesetzt. Dies müssen wir rechtfertigen.

Umso zwingender ist es, die dabei weit über die PDS hinaus gewonnenen Kontakte zu nutzen und aufrechtzuerhalten. Vor allem brauchen wir jetzt die Fortsetzung der Gespräche mit unseren Wählerinnen und Wählern.

Ich danke allen Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS, die einen engagierten Wahlkampf führten, um Stimmen für die PDS warben bzw. öffentlich zur Wahl der PDS aufriefen.

Natürlich ist es mit dem Wahlergebnis schwieriger für sozialistische Politik in unserem Land geworden. Es droht die Fortsetzung und Zuspitzung herrschender Politik, die auch in den letzten Jahren Ungerechtigkeit und soziale Probleme verschärft hat sowie Kriege führte. Umso mehr sind wir herausgefordert, uns dem entgegenzustellen und gemeinsam mit anderen gesellschaftskritischen Kräften für notwendige Veränderungen einzutreten. Das haben uns in den letzten Tagen immer wieder Menschen gesagt und geschrieben. Deshalb gilt es, die Zeit bis zum Parteitag in Gera am 12. und 13. Oktober zu nutzen und dort die Probleme zu benennen und zu debattieren, die wir klären müssen. Damit kann die Analyse des Wahlkampfes und der Entwicklung, die die Partei genommen hat, nicht abgeschlossen sein. Hausgemachte Fehler und strukturelle Defizite müssen aufgezeigt werden. Vieles müssen wir ändern.

Dies ist nicht einfach nur eine Angelegenheit der Parteigremien, sondern

→ Fortsetzung auf Seite 2



Was tun?

Eine Niederlage bleibt eine Niederlage. Nach Ursachen zu fragen heißt zuerst, bei sich selber nach Fehlern zu suchen.

Und wir in Lichtenberg? Haben wir nicht allen Grund, uns vor allem zu freuen, dass unsere Direktkandidatin gewählt worden ist? Sicher, doch es gibt auch ein Aber: Es ist uns nicht gelungen, gleichermaßen Zweitstimmen für die PDS zu gewinnen, Zweitstimmen, die für den Wiedereinzug in den Bundestag so dringlich waren. Obwohl wir – oder weil wir im Großbezirk regieren? Darüber wird sicher nachzudenken sein.

Eins aber muss jetzt bereits klar sein: Nach der Wahl ist auch für uns vor der Wahl. Wie schaffen wir es zum Beispiel, Kritik nicht nur auszuhalten und verwaltungstechnisch korrekt mit ihr umzugehen, sondern wie verhalten wir uns für die Bürger unverwechselbar anders als die anderen Parteien?

Ich weiß wovon ich rede, die Karlshorster Seeparkschule liegt in meinem Wohngebiet. Kurz vor der Wahl musste ihre endgültige Schließung bekanntgegeben werden (Senatseinspruch gegen die Entscheidung unserer zuständigen PDS-Stadträtin Christina Emmrich zur Weiterführung als Filiale; eine defekte Heizung usw.) Alle wissen, die Schülerzahlen sind im Osten rasant gesunken, Schulen müssen geschlossen werden. Dass sich Eltern für möglichst gute Bedingungen für ihre Kinder einsetzen, ist ihr gutes demokratisches Recht. Konflikte waren auch im konkreten Fall abzusehen. Das war der Punkt, wo wir versagt haben. Im November 2001 wurden verwaltungstechnisch Informationen „auf den Weg gebracht“. Später, viel später, als verunsicherte Eltern ihre Erstklässler dann lieber in einer „sicheren“ Schule anmeldeten, als nur noch 14 Schüler übrigblieben, wurden viele Anstrengungen unternommen. Es war zu spät, und so mancher Elternfrust schlug sich im Wahlverhalten nieder.

Die PDS will mehr Demokratie. Muss das aber nicht heißen, Betroffene von Anfang an zu Beteiligten zu machen, sie mitentscheiden zu lassen, nicht darauf zu warten, dass sie in die Gremien kommen, sondern zu ihnen hinzugehen, „vor Ort“ mit ihnen die Probleme zu besprechen und auszustreiten?

Das kann uns tatsächlich von anderen Parteien unterscheiden. Wir müssen es tun (und wir sind immer noch viele, die Stadträte und Verordnete unterstützen können), wenn wir Wähler gewinnen wollen.

Wie schon gesagt: Nach der Wahl ist vor der Wahl.
Inge Uesseler



Foto: K. Singer

Gesine Löttsch verteilte im Wahlkampf u. a. rote Äpfel. Auch nach der Wahl will sie mit den Wählern das Gespräch suchen – und schön bissig bleiben!

Sprachlos

Nur zwei Bundestags-Mandate für die PDS. Ade Fraktion, ade selbst Gruppe! Das hat die Leserinnen und Lesern der „info links“ offenbar ratlos und deshalb sprachlos gemacht.

Das ist verständlich, denn ein solcher Rückschlag will erst einmal verdaut werden. Ursachen müssen ergründet, inhaltliche und personelle Defizite erkannt werden. Das alles braucht Zeit, vor allem, wenn von den zu findenden Antworten das künftige Sein oder Nichtsein der Partei des Demokratischen Sozialismus abhängt.

Ziehen wir uns aber nicht ins stille Kämmerlein zurück. Suchen wir den Meinungsaustausch, ja, den Streit unter uns, mit Gleichgesinnten und mit unseren politischen Gegnern, damit PDS wieder als programmatisch demokratisch und systemkritisch buchstabiert werden kann.

Unsere Lichtenberger Parteiorganisation, unsere Anhänger und Wähler im Bezirk müssen verstärkt dazu beitragen, der PDS-Politik wieder das unverwechselbare politische Profil zu geben, das ihr auf Bundes- und Landesebene offensichtlich abhanden gekommen ist. Dabei geht es fern von selbstgefälliger Nabelschau vor allem darum, aus den – auch von uns – gemachten Fehlern zu lernen.

„info links“ möchte an dieser Debatte teilhaben und dazu beitragen, dass der Rat- und Sprachlosigkeit der vom Wahlergebnis Enttäuschten nicht politische Tatenlosigkeit folgt.
d. Red.

→ Fortsetzung von Seite 1

An die Mitglieder ...

aller, denen die PDS wichtig ist. Wir wollen unsere Partei zu dem Ort entwickeln, wo alle, ob als Mitglieder und Sympathisanten und Sympathisantinnen an der Basis, in der Kommunal- und Landespolitik, in Gewerkschaften, Initiativen und Verbänden gemeinsam Politik entwickeln.

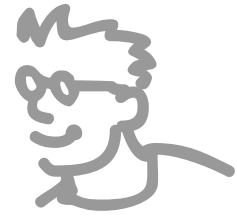
Ich schlage vor, in allen Bundesländern regionale Treffen durchzuführen, zu denen wir auch unsere Wählerinnen und Wähler einladen. Dort sollten wir beraten, wie wir unsere Strukturen und Arbeitsweise so verändern können, dass wir auch unter den erschwerten Bedingungen im Alltag erlebbarer und insgesamt politikwirksamer werden.

In Gera müssen wir erneut nachweisen, dass uns die Sorgen der Menschen am Herzen liegen, wir sie aufgreifen und uns verständigen, wo wir drängendsten Handlungsbedarf für uns als sozialistische Partei sehen.

In diesem Sinne sollte der Parteitag sich auch auf Projekte einigen, mit denen wir zur Mobilisierung jener beitragen, die eine andere Politik in unserem Land wollen.

Also, liebe Genossinnen und Genossen: Kopf hoch und nicht die Hände!

*Mit solidarischem Gruß
Gabi Zimmer*



Für soziale Gerechtigkeit

In der außerparlamentarischen Bewegung: Genosse Dr. Rolf Lämmel

Wir kennen uns schon seit zehn Jahren, seit der Zeit, als die Komitees für Gerechtigkeit gegründet wurden. Die erste Veranstaltung in Hohenschönhausen war ein Forum zur „Gesundheitsreform“ des damaligen Ministers Seehofer. Organisiert hatte es Rolf Lämmel, eingeladen waren unter anderen Experten des Gesundheitswesens der DDR, die er aus gemeinsamer Arbeit kannte. Der Saal war voll, die Debatte erregt. Es wurde klar, dass ein systematischer Abbau der sozialen Leistungen beabsichtigt war. Den Protest, der hier wie auf anderen Veranstaltungen laut wurde, nahmen die Regierungen nicht zur Kenntnis.

Inzwischen gibt es nur noch hier und da Komitees für Gerechtigkeit. Insgesamt ist aber die außerparlamentarische Bewegung gegen die Neoliberalisierung des Sozialstaates – ob im Gesundheitswesen, bei den Renten oder im Umgang mit der Massenarbeitslosigkeit – erstarkt und legte bemerkenswerte Vorschläge auf den Tisch. So erging im Januar 2000 vom Erfurter Ratsschlag „Aufstehen für eine andere Politik“ der Vorschlag, eine Million Arbeitsplätze in öffentlicher Beschäftigung zu schaffen. Doch für die Regierung Schröder gehörte dies zu den Vorschlägen, die sich nicht rechnen. Ansätze in Kommunen, notwen-



Dr. Rolf Lämmel

dige öffentliche Aufgaben auf dieser Basis in Angriff zu nehmen, wurden vom Tisch gewischt. Leider hat auch die PDS ihre Kommunalpolitiker nicht dabei unterstützt.

In Berlin haben sich 1999 mehrere Vereine zusammengeschlossen, die für soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie und gegen Kriege eintreten. Es entstand die Berliner Initiative gegen Sozialabbau, für Arbeit und Gerechtigkeit. Sie arbeitete unter anderem 2001 das Gesprächsangebot „Kritik

der rot-grünen Rentenreform“ aus. 2002 entstand das Flugblatt „Beitragserhöhungen, Leistungskürzungen, Zuzahlungen – muss das sein?“, das sich mit dem fortschreitenden Sozialabbau im Gesundheitswesen befasst und aus dem die in „info links“ veröffentlichten Wahlprüfsteine hervorgingen.

An allen diesen Analysen und Vorschlägen – die zum Teil bundesweit genutzt werden – hat Rolf Lämmel entscheidenden Anteil. Man sieht ihn in vielen Gesprächsrunden. Er streitet für soziale Gerechtigkeit in Foren und Versammlungen. Er leistet seinen Beitrag auf wissenschaftlichen Konferenzen, so auf der Gesundheitskonferenz der Volkssolidarität im Mai dieses Jahres.

Viele Vorschläge und Initiativen der außerparlamentarischen Bewegung erheben Forderungen, die uns nahe sind. Politische Alternativen sind aber in dieser Republik nur durchzusetzen, wenn es eine über die Parteien hinaus reichende breite soziale Bewegung gibt. Eine starke Kraft sind auch die Gewerkschaften. Kräfte sind also vorhanden, es gilt, sie zu vereinten Handlungen zu motivieren. Dann werden auch viele Menschen ermutigt, selbst etwas zu tun. Nach dem Ausgang der Bundestagswahl tut die PDS gut daran, verstärkt an der außerparlamentarischen Bewegung teilzunehmen, aufmerksam ihre Forderungen anzuhören und in Kommunen und Ländern an ihrer Durchsetzung mitzuarbeiten.

Inge Junginger

Unbekannter Bersarin

Eine Broschüre über Nikolaj E. Bersarin ist Bestandteil einer seit langem geführten Debatte um die Wiederaufnahme Bersarins in die Ehrenbürgerliste Berlins. Initiatoren und Autor dieser Schrift wollen die Persönlichkeit Bersarin den Berlinern, insbesondere im Westteil der Stadt, in Erinnerung rufen bzw. überhaupt bekannt machen.

Bersarin war 1975 posthum vom Magistrat von Berlin (Ost) zum Ehrenbürger Berlins erklärt worden. 1992 fand er nach einer nichtöffentlichen Senatsentscheidung keinen Platz mehr in der Gesamtliste der Ehrenbürger der vereinigten Stadt Berlin.

Vor zwei Jahren schien – nach vielen Diskussionen, Protesten und Aktionen – ein Durchbruch geschafft zu sein: Die 13. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin beschloss am 13. Juli 2002 mit 88 zu 70 Stimmen, den Senat aufzufordern, „den ersten Stadtkommandanten für Berlin, Nikolaj Bersarin, wieder in die Liste der Berliner Ehrenbürger aufzunehmen“. Der damals Regierende Bürgermeister Diepgen

behauptete jedoch: „... eine neue Ehrung eines Verstorbenen ist nicht möglich. Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.“

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Zeitzeugen kommen zu Wort. Bischof Dibelius: „Er war der erste russische General, den ich kennen lernte. Er war ganz anders, als ich mir einen solchen General vorgestellt hatte. Eine schwere robuste Gestalt – das hatte ich erwartet. Aber zugleich ein Mann, der vor der Kirche Respekt hatte.“

Einwohner von Berlin, Verwandte und Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges äußerten ihre Meinung.

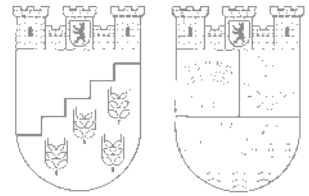
Von Interesse sind sicherlich die zahlreichen Dokumente und Aussagen über die Tätigkeit Bersarins in den schweren und ereignisreichen Wochen seines Wirkens in Berlin im April bis Juni 1945. I. Hörkner

■ Lutz Prieß: „Nikolaj E. Bersarin. Zur Debatte um einen Ehrenbürger von Berlin“, Hrsg. PDS im Abgeordnetenhaus Berlin, 2002

Trägheit oder Sabotage?

Wieso tut die Senatsverwaltung noch immer nichts, damit Nikolaj E. Bersarin, der verdienstvolle erste sowjetische Stadtkommandant Berlins, rasch wieder die Liste der Berliner Ehrenbürger ziert?

Das wollten etwa dreißig Bürgerinnen und Bürger aus dem Osten und Westen Berlins am 16. September im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst wissen, die Gesine Lötzsich zur Vorstellung einer Broschüre über Bersarin in die geschichtsträchtige Stätte eingeladen hatte. Kritisch wurde von den Anwesenden die zögerliche Haltung des Rot-Roten Senats von Berlin in dieser Frage betrachtet. Und von der PDS-Fraktion wird mehr sichtbarer Druck erwartet, damit der vor längerer Zeit gefasste Beschluss des Abgeordnetenhauses nicht weiter verschleppt wird. -kl-



Bürgerbegehren

Zum Schutz von Tierpark und Zoo haben die Lichtenberger Rainer und Kirsten Bösse, Gesine Löttsch, Christel Schemel, Manfred Klunker; Monika und Bernd Ihme ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht. Die sieben PDS-Mitglieder reagierten damit unmittelbar auf inzwischen dementierte Absichten, u. a. dem Tierpark Friedrichsfelde die öffentlichen Zuschüsse für 2003 in Höhe von 8 Mio. Euro zu streichen. Parallel dazu unterstützten alle Lichtenberger Bezirksverordneten auf ihrer 11. Tagung einen

entsprechenden Antrag der PDS. Auf die Frage, ob das denn noch nötig wäre, wozu doch die Gefahr augenscheinlich vorüber sei, antwortete Bernd Ihme: „Solche Pläne werden immer wieder lanciert, vielleicht in der Hoffnung, dass es irgendwann klappen könnte. Dem muss nun ein fester Riegel vorgeschoben werden.“

Zwei Prozent der derzeit rund 199500 Wahlberechtigten des Großbezirkes müssen diesen Antrag per Unterschrift unterstützen, damit ein Bürgerbegehren nach §40 und §41 des Bezirksverwaltungsgesetzes von Berlin (BezVG 7) durchgeführt werden kann. Danach werden dann vom Bezirks-

amt zwei Monate lang Unterschriftenlisten ausgelegt, auf denen die wiederum formgerechte Zustimmung von 10 % der Wahlberechtigten erfolgen muss, damit die Bezirksverordnetenversammlung über das Bezirksamt gegenüber dem Senat tätig werden kann.

Bereits am Tage der 11. ordentlichen Tagung der BVV sind Hunderte von Unterschriften geleistet worden. Allein Erstunterzeichnerin Christel Schemel hatte bis zum 1. Oktober die schriftliche Zustimmung von 1300 Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern eingeholt.

Kräftig unterstützt wurde sie dabei von Schülerinnen der Klassen 9a und 9b aus der 6. Gesamtschule „Ludwig Erhard“ in der Rüdigerstraße. Die Mädchen waren am 23. September auf die Unterschriftensammlung in der Umgebung ihrer Schule aufmerksam geworden. Kristin Kühnel: „Warum sollen wir da immer nur rumhängen? Wir fragten Frau Schemel, ob wir ihr helfen können.“ So zogen sie am Vorabend des Tages der Einheit gemeinsam mit der PDS-Bezirksverordneten vor das Lindencenter und sammelten in eineinhalb Stunden weitere 300 Unterschriften für den Erhalt von Tierpark und Zoo.

„info links“ gibt auf Seite 8 dieser Ausgabe Bürgerinnen und Bürger von Lichtenberg Gelegenheit, das Bürgerbegehren mit ihrer Unterschrift herbeiführen zu helfen.

Schüler werden aktiv: Unterschriftensammlung für den Erhalt von Tierpark und Zoo vor dem Lindencenter



Politisches Grundwissen fehlt

Die Wortmeldung des Lichtenberger Kinder- und Jugendparlaments

Heute möchten wir Ihnen ein paar Probleme vorstellen, die uns selbst als Jugendliche beschäftigen. Die erste Thematik ist das am 13. September durchgeführte Projekt U18 (Testwahl zum Bundestag), an dem das Jugendparlament beteiligt war: Wir haben mitbekommen, dass der Jugend ein politisches Grundwissen fehlt.

Daher stellen wir die Forderung nach mehr Aufklärungskampagnen, die dazu führen sollten, dass Jugendliche über ein größeres Allgemeinwissen über Politik verfügen. Die Politik muss die Jugend einbinden und mit ihnen gestalten, denn sie ist auch Bestandteil unserer Gesellschaft – und ihre Zukunft!

Wir haben leider bei der Auswertung feststellen müssen, dass unter den Jugendlichen auch eine starke Tendenz zum

Rechtsextremismus und zur NPD vorhanden ist. Wir begründen dies mit der mangelnden politischen Aufklärung, was z. B. von der NPD ausgenutzt wird. Auf der anderen Seite aber wählte die Mehrheit der Jugendlichen die SPD und die PDS. Als Fazit zum Projekt U18 können wir, das Jugendparlament, sagen, dass die Jugend eine rot-grüne Regierung möchte, wenn sie wählen dürfte.

Wir würden es begrüßen, wenn sich auch weiterhin der Bezirk für solche Projekte interessiert und sie unterstützt.

Wir wollen die Leser der „info links“ außerdem darauf aufmerksam machen, dass die BVG erneut vorhat, die Preise der Schülertickets zu erhöhen. Da viele Jugendliche auf dieses Ticket angewiesen sind, um zur Schule zu kommen, wären die Eltern erneut gezwungen, ihren Haushaltsplan zu überziehen. Warum müssen Familien noch mehr belastet werden? Warum können Familien nicht entlastet werden?

Manja Hauéis

Impressum

info links wird herausgegeben vom PDS-Bezirksverband Lichtenberg Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

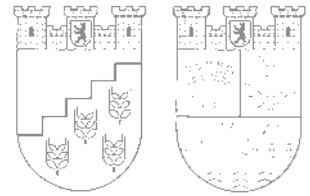
E-mail: kontakt@pds-li-hsh.de
Web: http://www.pds-li-hsh.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 3.10.2002

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 9/2002:
15.10. und 29.10.2002, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 9: 30.10.2002
Die nächste Ausgabe erscheint am 7.11.2002.

Druck: Druckerei Paulick
Gestaltung: Jörg Rückmann
Nicht vergessen: Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.



Schwimmhalle Rudolf-Seiffert-Straße

Wenn es nach der Projektgruppe „Weiterbetrieb Volksschwimmhalle Rudolf-Seiffert-Straße 3“ geht, dürften sich schon mit Beginn des Jahres 2003 wieder Mädchen und Jungen im 25-Meter-Becken am Storkower Bogen tummeln. Dem um Stadträtin Christina Emmrich (PDS) und ihren Fraktionskolleginnen Marion Platta und Ingeborg Görsdorf seit dem Frühjahr versammelten Team ist es mittlerweile gelungen, wichtige Voraussetzungen für die Wiederaufnahme



Protestaktion von Bürgern für ihre Schwimmhalle

des Schulschwimmbetriebes herzustellen.

Für den Wiederbetrieb haben die Bäderbetriebe sowohl die Wiederherstellung der Ausstattung („info links“ berichtete) als auch Unterstützung bei der technischen Betriebsführung verbindlich zugesagt. Fachleute der FHTW, der Bäderbetriebe und des Bezirksamtes ermittelten mit Vor-Ort-Analysen technische, organisatorische und finanzielle Prioritäten. Die Sport-Arbeitsgemeinschaft Lichtenberg entschloss sich, eine fachliche Betreibergemeinschaft der Halle zu gewährleisten, sobald die eigentumsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Bedingungen das erlauben. Mit dem von Dr. Schindler („berolina beteiligungs- und unternehmensberatungsgesellschaft mbh“) gebildeten unternehmerischen Ansatz, der u. a. die Übertragung des stillgelegten Objektes an eine Besitz- und Betreibergemeinschaft beinhaltet, rückt dies in greifbare Nähe.

Unterdessen waren auch die Kommunalpolitiker der PDS aktiv. Nachdem die Bezirksverordnete Ingeborg Görsdorf bei allen Fraktionen des Abgeordnetenhauses die nach §15 Sportförderungsgesetz zustehenden Zuschüsse sowie den Aufwendersatz für Vereins-, und Schulsport dringend einforderte, können einige finanzielle Startblöcke für den Volksschwimmsport in der Rudolf-Seiffert-Straße schon mal festgezurt werden. Dass nun auch die Landespolitiker ihre Hausaufgaben machen, sind sie nicht nur dem Koalitionsvertrag schuldig. Auch moralisch sollten sie sich in der Pflicht sehen: Namensgeber Rudolf Seiffert war 1932 als „einbeiniger“ Fichtesportler immerhin Silbermedaillengewinner des Langstreckenschwimmens „Quer durch Köpenick“.

J. Pampel

■ **Weitere Informationen** im Internet unter <http://www.pds-lichtenberg.de/fraktion>

Wiederhergestellt



... ist die Denkmalinschrift für Harro Schulze-Boysen im Wohngebiet Frankfurter Allee-Süd. Am 24. September nahmen Bernd Dubke (im Foto links), Geschäftsführer der „Natur und Kunst GmbH – Steinmetzwerkstätten“ in der Robert-Siewert-Straße und Christel Schemel, PDS-Bezirksverordnete (rechts), Maß. Zum nunmehr zweiten Mal sponsorte das Lichtenberger Unternehmen den Wiederaufbau der Erinnerungstätte an den antifaschistischen Widerstandskämpfer der Roten Kapelle.

Frau Schemel teilte mit, dass künftig Schüler der angrenzenden Mildred-Harnack-Oberschule eine Pflegepatenschaft übernehmen. Manfred Klunker von der „Interessengemeinschaft der Bürger Frankfurter Allee-Süd e. V.“ informierte darüber, dass er gerade eine Ausstellung zum 60. Jahrestag der antifaschistischen Widerstandsgruppe vorbereitet.

J. P.

Mittel für's Ehrenamtliche

Sachmittel in Höhe von 45 000 Euro hat der Senat dem Bezirksamt Lichtenberg für die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Damit sollen Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden, die mithilfe, Schulen, Schulstationen, Sportflächen, Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kinderspielplätze, Senioreneinrichtungen, Stadtteilzentren, Nachbarschaftsheimen, Selbsthilfekontaktstellen und Grünflächen zu erhalten.

Anträge mit Angaben zu Zweck, Art, Umfang und Kosten des Vorhabens können formlos bis zum 18. Oktober 2002 an das Bezirksamt Lichtenberg, Steuerungsdienst (Möllendorffstraße 6, 10360 Berlin), gestellt werden.

J. P.

■ **Weitere Informationen:**

Bezirksamt Lichtenberg, Steuerungsdienst, Herr Reich, Telefon: 55 04 35 10

Deutsch für Ausländerinnen

Am 21. Oktober beginnt ein Sprachkurs für ausländische Frauen in der 2. Grundschule, Franz-Jacob-Straße 33. Er findet bis zum 13. Dezember immer montags, mittwochs und freitags von 9–12.20 Uhr statt. (Männer sind auch willkommen.)

Die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Bezirkstadträtin für Jugend, Bildung und Sport Christina Emmrich (PDS) vermittelte Finanzierung und Durchführung dieses im Ostteil der Stadt bisher einmaligen Volkshochschulkurses. „Das Projekt“, so Rim Farha, Bezirksverordnete der PDS und als Mitglied des Migrantenbeirates Lichtenberg „Schubkraft“ des Unternehmens, „will nicht nur die Möglichkeit eröff-

nen, Deutsch zu lernen, sondern auch Informationen zu Gesundheit, Kinderbetreuung und Schule vermitteln und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch unter den Eltern bieten. Die Kinderbetreuung während des Unterrichts ist gewährleistet“.

In den Schulen wurden die Kurse in arabischer, vietnamesischer und russischer Sprache bereits angeboten und bei Elternversammlungen vorgestellt. Zehn Frauen und zwei Männer haben sich bereits angemeldet. Interessierte Eltern können sich an die Klassenlehrer ihrer Kinder wenden.

In Lichtenberg leben ca. 18 500 Menschen (7 % der Bevölkerung) nicht deutschsprachiger Herkunft aus 134 Staaten.

J. P.

■ **Anfragen und weitere Informationen:**

Rim Farha, Telefon: 50 17 98 64



Friedensbewegter Osten

Nachlese von der Ostdeutschen Friedenskonferenz am 24. und 25. August 2002 in Neuruppin

Ja, wir waren da und haben ihn mit beschlossen, den „Neuruppiner Appell: Kein Krieg gegen den Irak“, zusammen mit 185 Friedensaktivisten aus Ost und auch einigen aus West – also keine „Geheimkonferenz“. Das meint auch Professor Wolfgang Richter, Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden: „Eingetragene Vereine hatten sich hier als Aufrufer betätigt, zudem welche, die keine ausdrückliche Friedensbotschaft in ihrem Namen haben, sondern Rentner, Pächter, Patienten, Sportler oder auch solche, die Menschenrechte vertreten.“

Dürfen die denn das? ... Soll das im Osten etwa die Friedensbewegung sein?

Das nächste Tabu: Eine Partei hat mit aufgerufen, noch dazu in Wahlkampfzeiten. Nun hat diese Partei aber, die tiefe Wurzeln im Osten Deutschlands hat, in der letzten Legislaturperiode für keinerlei Militäreinsätze der Bundeswehr gestimmt ... Eine Friedenspartei will sie sein und ist sie auch. Warum sollte sie nicht mit Friedensbewegten beraten? Sie tat es auch. Sie wurde von ihnen in die Pflicht genommen und gab Verpflichtungen ab. Ist das nicht ein Sinnbild von Demokratie?“

Eine vollständige Dokumentation des Neuruppiner Appells ist hier nicht möglich,

aber drei Zitate sollen anregen, sich weiter für das Thema Frieden zu interessieren.

1. „Der Welt droht ein neuer Krieg: Die Ankündigung eines Militärschlags durch die Regierung der USA, entsprechende militärische Vorbereitungen und diplomatische Aktivitäten zeigen unmissverständlich, dass ein Angriff auf den Irak innerhalb eines absehbaren Zeitraumes stattfinden soll. Wir wollen, dass dieser Krieg verhindert wird.“
2. „Der geplante Krieg gegen den Irak darf nicht isoliert gesehen werden: Durchsetzung einer neuen Weltordnung, militärisches Vorgehen u. a. in der Balkanregion und Afghanistan, der Kampf der USA gegen eine ‚Achse des Bösen‘. Er reiht sich ein in die Bemühungen der USA und anderer Staaten, Krieg wieder als normales Mittel der Politik anzuwenden.“
3. „Wir werden uns mit all unseren Kräften und Möglichkeiten dem angekündigten Krieg gegen den Irak entgegenstellen! Wir rufen alle auf, sich mit uns gemeinsam bei Aktionen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und bei Wahlen mit Resolutionen, Appellen und eigenen Initiativen in dieser Bewegung gegen den Krieg zu engagieren!“

Zum Stichwort „Geheimkonferenz“: In vielen Gesprächen mit Genossen aus verschiedenen Basisgruppen des Bezirkes Lichtenberg wurden wir gefragt, warum es vor der Konferenz keine Informationen innerhalb der Partei gab? Wir wissen es auch nicht! Es ist schade, denn viele wären gern hingegangen!

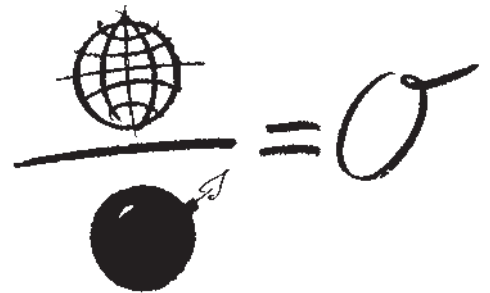
Wie geht es weiter nach der ersten ostdeutschen Friedenskonferenz? Die Wahlen sind vorbei. Jetzt ist Zeit zum Nachdenken und Handeln, Genossinnen und Genossen der Basis und im Bundesvorstand unserer Partei – über Friedensarbeit und neue Bündnisse für soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Ihr habt das Wort!

Gerhard Bombal, Inge Junginger

■ Weitere Informationen:

Ostdeutsches Kuratorium e. V.
c/o GBM, Weitlingstraße 89,
10317 Berlin, Telefon: 5578397

Karikaturen gegen den Krieg



Dem Krieg per Karikatur den Krieg erklärt haben zahlreiche Künstler in einer Ausstellung, die die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V. in der Weitlingstraße 89 zeigt (Montag-Freitag, 9–16 Uhr). 43 Karikaturisten und Autoren haben unentgeltlich ihre Arbeiten zur Verfügung gestellt. Das Buch zur Ausstellung „Aufhör'n!“ gibt es auch über den GNN Buchversand (Tel. 034204-65 711).

Also doch Wahlbetrug?

Die Vorsitzende der PDS, Gabi Zimmer, erklärte am 2. Oktober zu den Äußerungen des Bundesaußenministers, die Bundeswehr-Spürpanzer länger als bisher geplant in Kuwait bereitzustellen:

Wie schnell werden doch Aussagen vor der Wahl nach der Wahl zu Makulatur. Der Bundesverteidigungsminister hatte im Wahlkampf wegen des drohenden Irak-Krieges noch mehrfach ihren Rückzug angekündigt. Jetzt verwendet sich Fischer plötzlich für eine Mandatsverlängerung der in Kuwait stationierten Spürpanzer über das Jahresende hinaus.

Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Soll nun durch die Hintertür des Antiterrorkampfes „Enduring Freedom“ doch noch eine Beteiligung der Bundeswehr am Irak-Krieg durchgesetzt werden? Herr Fischer, das ist ein Spiel mit gezinkten Karten. Sie

sind es der deutschen Öffentlichkeit, die mehrheitlich einen Krieg gegen Irak und eine deutsche Beteiligung daran ablehnt, schuldig, endlich ihren Worten auch Taten folgen zu lassen:

- Ziehen Sie die Bundeswehr-Spürpanzer aus Kuwait ab!
- Rufen Sie die deutschen Marineverbände aus der Golfregion zurück!
- Verweigern Sie die Nutzung von US-Stützpunkten auf deutschem Boden und des deutschen Luftraumes für den US-Krieg!

Es ist grausamer Irrtum, der Wille der Soldaten könne den Krieg zerschlagen, wenn er einmal da ist. Es gibt dann nur noch Sieg oder Niederlage.

Der Krieg kann nur im Frieden bezwungen werden.

Carl von Ossietzky, 1929

Führen Sie die Wähler, die Ihnen aus Sorge um den Frieden ihre Stimme gegeben haben, nicht an der Nase herum! Übrigens fordert das von Ihnen auch das Grundgesetz, das die Beteiligung an der Vorbereitung zu einem Angriffskrieg ausdrücklich verbietet und unter Strafe stellt.

So sieht es die FDP

„Die Bundesregierung hat mit ihrer Ablehnung eines Einsatzes gegen den Irak die Bundestagswahl gewonnen. Jetzt müsste sie konsequenterweise auch die deutschen Soldaten und die Spürpanzer aus Kuwait abziehen und das Mandat nicht verlängern. Alles andere, auch die von Bundesaußenminister Fischer nun angekündigte Verlängerung der Stationierung in Kuwait, ist Betrug an den rot-grünen Wählern.“

Jürgen Koppelin, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, am 1. Oktober 2002 im „Stern“

Die PDS hat eine Chance!

Wolfgang Schmidt, PDS-Wahlkampfleiter in Lichtenberg, zu den Ergebnissen der Bundestagswahl

Die Eroberung des Direktmandates in Lichtenberg (Wahlkreis 87) für die PDS ist eine große Leistung aller Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Wir haben mehr Erststimmen als die SPD Zweitstimmen erreicht hat. Wir waren an mehr als 70 Infoständen auf den Straßen präsent, haben 65 000 Wahlausgaben der „info links“ und rund 60 000 Wahlkampfzeitungen verteilt sowie rund 1500 Plakate aufgehängt. Dafür dankt der Bezirksvorstand allen, die an diesen Ergebnissen engagiert mitgewirkt haben, auf das Herzlichste!

Zugleich müssen wir jedoch schmerzlich zur Kenntnis nehmen, dass wir viele Erst- und Zweitstimmen verloren haben. Von den

11 240 verlorenen Zweitstimmen gingen 1 850 an die SPD, 620 an Schill (!), 390 an die FDP und je 260 an CDU und Grüne. Was uns jedoch am meisten zu denken geben muss, sind die 8 290 Zweitstimmen, die wir an Nichtwähler verloren haben!

Bundesweit haben wir am 22. September unsere bisherigen Erfolge gründlich verspielt. Jetzt müssen wir uns fragen, ob wir gemeinsam unsere Niederlage als neue Herausforderung begreifen und vor allem vermögen, sie produktiv zu bewältigen. Zu neuem Selbstbewusstsein und zu selbstbestimmtem Handeln gelangen wir nicht durch Abschieben von Verantwortung oder durch Rücktrittsforderungen. Das wäre kontraproduktiv. Wir wollen eine sachliche Auseinandersetzung. Für die hausgemachten Fehler haben wir alle die Zeche zu zahlen. Und es waren bei weitem nicht nur taktische Fehler. Wir haben gemeinsam deutlich zu machen, dass es kein „Weiter so“ oder gar „Zurück“ geben darf. Die Alternative kann nur sein: Die PDS muss mehr in-

haltliches Profil gewinnen. Sie hat nur als eine Partei in Ost und West eine Chance..

Insofern erwarten wir vom Geraer Parteitag, dass auch der Parteivorstand eine Analyse vorlegt, die eine offene und kritische Debatte ermöglicht, auch und vor allem, warum wir bei so vielen Wählerinnen und Wählern gescheitert sind. Wir erwarten, dass sich auf dem Parteitag Genossinnen und Genossen zur Wahl stellen, die mit uns gemeinsam eine weitere sozialistische Erneuerung unsere Partei wollen. Denn diese Erneuerung ist mehr denn je zu einer Überlebensfrage für die PDS geworden.

Der Bezirksvorstand hat am 1. Oktober beschlossen, auf der nächsten Vorstandstagung nach dem Geraer Parteitag Zeitpunkt und Inhalt der 1. Tagung unserer 2. Hauptversammlung festzulegen. Wir wollen uns gründlich darauf vorbereiten. Alle bisherigen Delegierten werden dazu per Brief ausführlich informiert.

Die PDS hat eine Chance. Verspielen wir sie nicht! Kopf hoch und nicht die Hände!

Dank an eine tolle Frau

„Andere schmeißen hin – wir hören auf,“ sagte SPD-MdB Hans-Georg Wagner am Schluss seiner Rede, mit der er die langjährige Zusammenarbeit mit seiner Parlamentskollegin Christa Luft würdigte. Wagner, Diplomaten und viele andere Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft hatten es sich nicht nehmen lassen, mit Christa Luft „eine tolle Frau“ zu ehren, die nach achtjähriger engagierter Arbeit im Deutschen Bundestag einen neuen Lebensabschnitt beginnen will.

Ursprünglich wollte die PDS-Bundestagsfraktion nur ihre stellvertretende Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin verabschieden. Dass sich vier Tage nach der Wahl auch die gesamte PDS-Fraktion des 14. Deutschen Bundestages mit verabschieden musste, hatte keiner erwartet. Entsprechend ernst waren Stimmung und Gespräche. Alle PDS-Politiker machten aber klar: Die bittere Niederlage bedeutet für sie kein Ende des Kampfes gegen den Krieg und deutsche Kriegsbeteiligung, kein Ende des Engagements für ostdeutsche Interessen und erst recht kein Ende für das Streiten um eine gerechtere und solidarische Gesellschaft.

Dazu sind Ursachenforschung und inhaltliche wie organisatorische Neuprofilierung angesagt. Christa Luft lieferte gleichsam das Motto dafür, als sie sagte: „Das Leben kann nur in der Schau nach rückwärts verstanden, aber nur in der Schau nach vorn gelebt werden.“ M. W.

Die Geier kreisen vergebens

■ Mitglieder der SPD räsonieren öffentlich über einen Wechsel von Gregor Gysi, Petra Pau und Gesine Löttsch in die SPD. Dazu erklärt Petra Pau (MdB) und stellvertretende PDS-Vorsitzende:

„Mit mir ist weder eine feindliche Übernahme noch eine Vereinigung von SPD und PDS zu machen. Ich bin aus gutem Grund Mitglied der Partei des Demokratischen Sozialismus. Deshalb werde ich mich mit der PDS weiterhin dafür engagieren, dass Politik links von der SPD spür- und wählbar ist. Deshalb werde ich mich innerhalb der PDS dafür einsetzen, dass sich die PDS zu einer modernen sozialistischen Bürgerrechtspartei weiter entwickelt, und zwar bundesweit. Ich stehe also für einen Politikstil und für Inhalte, die in der PDS zwar nicht unumstritten, in der SPD aber nicht zu haben sind.“

■ Tausende Menschen in Ost und West haben sich nach der Wahlniederlage der PDS bei den Bundestagswahlen an den Parteivorstand gewandt und ihre Unterstützung signalisiert. Mehr als 350 vor allem junge Leute sind in den vergangenen zehn Tagen in die PDS eingetreten und wollen mithelfen, dass sozialistische Politik überall in Deutschland erlebbar wird und die PDS 2006 wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag einzieht. Die 350 Neueintritte binnen zehn Tagen in die PDS sind die größte Zahl in einem solch kurzen Zeitraum seit Bestehen der Partei.

Pressemitteilung der PDS, 2. 10. 2002

Gesine, auf ein Wort

■ **info links:** Seit den Wahlen bist du bundesweit bekannt „wie ein bunter Hund“ ...

■ **Gesine Löttsch:** Ich will das bundesweite Interesse vor allem dafür nutzen, für die zukünftige Arbeit der PDS zu werben. Ich hoffe, das klappt mit Optimismus und guten Ideen.

■ **info links:** Manche möchten Dich in eine „politische Schublade“ einordnen!?

■ **Gesine Löttsch:** Ich passe in keine Schublade. Ich will erreichen, dass in der Politik das umgesetzt wird, was vernünftig und gerecht ist. Das heißt, ich will konkrete Probleme lösen, aber auch Vorstellungen für die Zukunft entwickeln.

■ **info links:** Wie können dir deine Wählerinnen und Wähler helfen?

■ **Gesine Löttsch:** Ich brauche ein Netzwerk von zuverlässigen Leuten für meine Arbeit im Bundestag. Und ich freue mich auf zahlreiche Besuche in unserer PDS-Geschäftsstelle und auf viele E-mails.

Solidarisch

Für das Ferienlager für Kinder aus dem hochwassergeschädigten Döbeln werden Helferinnen und Helfer gebraucht! Weitere Infos über **Telefon: 512 20 47** Spendenkonto: 353 0133 298 Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00) Empfänger: Gesine Löttsch Verwendungszweck: Ferienlager

